

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung am 20.04.2004

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal

Zeit: 16:30 Uhr bis 21:05 Uhr

Anwesend sind:

Herr Armin Voß	SPD
Herr Werner Misch	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Herr Uwe Heft	PDS
Herr Karl-Heinz Dreizehner	SPD
Frau Sabine Wolff	HAL
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UBF
Herr Friedemann Scholze	FDP

entschuldigt fehlte:

Frau Marion Krischok PDS

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der
Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Protokoll:

Herr Voß eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Die Verwaltung zog den geplanten TOP 8:

Wirtschaftsplan 2004/2005 für den Zeitraum vom 01.08.2004 bis 31.07.2005 für das neue theater/schauspiel halle

Vorlage III/2004/03951

zurück.

Herr Voß regte an, den geplanten TOP 16.1 – Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke – zusammen mit TOP 9 – Erhebung einer Jahresgebühr für die Ausleihe von Medien in der Stadtbibliothek – zu behandeln.

Frau Dr. Wünscher stellte folgenden

Antrag:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische participationsverwaltung nimmt den Dringlichkeitsantrag III/2004/04143 – Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Zusammenführung der drei Schauspielhäuser in der Stadt Halle (Saale) in die Tagesordnung der heutigen Sitzung auf.

Die Dringlichkeit wurde von Frau Dr. Wünscher begründet.

Abstimmung des Antrages:

8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

Herr Voß regte an, die Thematik Phänomene in der heutigen Sitzung zu behandeln.

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Heft, Herr Misch, Frau Weiß, Frau Dr. Wünscher.

Frau Dr. Wünscher stellte folgenden

Antrag:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische participationsverwaltung behandelt in der heutigen Sitzung die Thematik Phänomene.

Abstimmung:

4 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

4 Enthaltungen

abgelehnt, da die erforderliche 2/3 Mehrheit zur Ergänzung der Tagesordnung nicht gegeben war.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 16.03.2004
4. Umsetzungsbeschluss zur Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts zur Gewährleistung des participationsmanagements für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: III/2004/04047
5. Ausgründung eines Betriebes zum Betrieb der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: III/2003/03336
6. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2003 für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement
Vorlage: III/2003/03842
7. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: III/2004/03958
8. Wirtschaftsplan 2004/2005 für den Zeitraum vom 01.08.2004 bis 31.07.2005 für das neue theater/schauspiel halle
Vorlage: III/2004/03951
9. Erhebung einer Jahresgebühr für die Ausleihe von Medien in der Stadtbibliothek
Vorlage: III/2003/03597
10. Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben für die Vorbereitung und Durchführung des 1200jährigen Jubiläums der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2006
Vorlage: III/2004/04040
11. Mehrjährige Projektförderung des Zeit-Geschichte(n) e. V. von 2004 bis 2006
Vorlage: III/2004/03940
12. Baubeschluss Bahnhofsvorplatz im Rahmen der Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz
Vorlage: III/2004/03907
13. Baubeschluss Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz
Vorlage: III/2004/03908
14. Finanzplanung Straßenbahn Halle-Neustadt und Umbau Riebeckplatz
Vorlage: III/2004/04026
15. Antrag auf Mehrausgaben für den Sportkomplex Robert-Koch-Straße, 2. BA, Umbau und Verbesserung
Vorlage: III/2004/04046
16. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 16.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU, zum Vermögenshaushalt Stadtbibliothek
Vorlage: III/2003/03809
 - 16.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Zusammenführung der drei Schauspielhäuser in der Stadt Halle

Vorlage: III/2004/04134

17. Anfragen von Stadträten
18. Beantwortung von Anfragen
19. Anregungen
20. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 16.03.2004

Protokoll:

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung am 16.03.2004 wird ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

zu 4 Umsetzungsbeschluss zur Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts zur Gewährleistung des Beteiligungsmanagements für die Stadt Halle (Saale) Vorlage: III/2004/04047

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Prof. Dr. Schuh, Frau Wolff, Frau Dr. Wünscher, Herr Heft, Herr Misch, Herr Dr. Meerheim, Herr Voß, Herr Funke, Herr Dr. Marquardt und Herr Dr. Müllers.

In der umfangreichen Diskussion übergab Herr Heft einen Fragenkatalog. Des Weiteren wurde die Verwaltung gebeten, folgende Fragen zu beantworten bzw. zu prüfen:

- a) Der Verwaltungsrat sollte nicht paritätisch besetzt werden, um größtmögliche Einflussnahme zu sichern.
- b) Ist eine Wahl der Verwaltungsratsmitglieder durch den Stadtrat möglich?

- c) Wie werden die Mitglieder beeinflusst, wenn die Empfehlung von der Meinung der Oberbürgermeisterin abweicht?
- d) Die Vergütung müsse überprüft werden!
- e) Wer formuliert die städtischen Interessen und für wen?
- f) Wie können die Unternehmen „verpflichtet“ werden, die Leistungen der Anstalt in Anspruch zu nehmen? Bestehe ein Konflikt zum Vergaberecht?

Herr Dr. Marquardt führte auf Anfrage aus, dass zur Zeit noch nicht geklärt sei, wie der Geschäftsbereich IV ihren 15 %igen Finanzierungsanteil bezüglich der Vorlage decke.

Herr Prof. Dr. Schuh stellte folgenden

Antrag:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat folgende Änderungen:

§ 6

(1) c) erhält folgende Fassung:

3 Mitgliedern, die der Stadtrat aus seiner Mitte wählt,

(4) erhält folgende Fassung:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten eine angemessene Entschädigung für die Teilnahme an den Sitzungen, deren Höhe sich an den für die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke Halle GmbH orientiert.

Herr Heft stellte folgenden

Geschäftsordnungsantrag:

Die Diskussion wird beendet und die Vorlage in der Sitzung am 18.05.2004 erneut beraten. Der Termin für die Beschlussfassung im Stadtrat am 26.05.2004 wird beibehalten.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

**zu 5 Ausgründung eines Betriebes zum Betrieb der kommunalen
Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: III/2003/03336**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Frau Weiß, Herr Misch, Herr Prof. Dr. Schuh, Herr Voß, Herr Dr. Meerheim, Herr Scholze, Frau Szabados, Herr Winkelmann und Herr Nagel.

Frau Szabados führte unter anderem aus, dass kommunale Einrichtungen und Einrichtungen in freier Trägerschaft gleich gefördert werden. Ziel der Vorlage sei es, dass die kommunalen Einrichtungen, dann wie ein freier Träger agieren können. Es sei geplant, ca. 1 Mio. € einzusparen (siehe Vorlage vom 25.06.2003). Die Bewirtschaftung der Gebäude solle über einen Vertrag (wie z. B. beim Psychiatrischen Krankenhaus) mit dem Eigenbetrieb ZGM geregelt werden. Es sei vorgesehen, diesen vorerst für drei Jahre abzuschließen und danach ggf. anzupassen und zu verlängern. Ob die Grundstücke und baulichen Anlagen übertragen werden oder nicht sei zur Zeit kostengleich, da der Eigenbetrieb ZGM noch nicht wirtschaftlich arbeite. Bei Beschlussfassung dieser Vorlage durch den Stadtrat werde für die

September- oder Oktobersitzung des Stadtrates die Satzung vorgelegt werden, so dass der Betrieb ab 01.01.2005 aufgenommen werden könne. Die ursprüngliche Gründung einer GmbH sei nach Rücksprache mit dem Landesverwaltungsamt aus rechtlichen Gründen nicht genehmigungsfähig.

In der Diskussion wurde bemängelt, dass der Punkt 3 – Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem zu gründenden Eigenbetrieb die Grundstücke und baulichen Anlagen der Kindertageseinrichtungen zu übertragen – nicht im Eigenbetriebsausschuss ZGM behandelt wurde.

Die Verwaltung wurde gebeten zu prüfen, ob bereits zum jetzigen Zeitpunkt der Personalrat aufgrund des Personalvertretungsgesetzes LSA beteiligt werden müsse.

Frau Wolff stellte den

Antrag:

auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis:

zu Punkt 1:

8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

zu Punkt 2:

8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

zu Punkt 3:

1 Ja-Stimme

5 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass neue Rahmenbedingungen hinsichtlich der Ausgründung des Betriebes der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vorhanden sind.
2. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Stadtratbeschlusses (Vorlagen-Nr.: III/2003/02519) vom 21.08.2002 "Beschluss zur Änderung der Betriebsform für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)" und die Gründung eines

Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und unter Beibehaltung der vom Stadtrat beschlossenen Einsparziele.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem zu gründenden Eigenbetrieb die Grundstücke und baulichen Anlagen der Kindertageseinrichtungen zu übertragen.

**zu 6 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2003 für den Eigenbetrieb
 Zentrales GebäudeManagement
 Vorlage: III/2003/03842**

Protokoll:

Herr Voß stellte den

Antrag:

Auf Nichtbefassung mit der Vorlage aufgrund des Zeitablaufes des Wirtschaftsjahres.

Herr Heft wies darauf hin, dass die mittelfristige Planung Bestandteil des Wirtschaftsplanes sei. Mittelfristig sollten größere Beiträge zur Haushaltskonsolidierung angestrebt werden.

Abstimmung des Antrages von Herrn Voß:

4 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

mehrheitlich zugestimmt

**zu 7 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 für das Thalia
 Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
 Vorlage: III/2004/03958**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Dr. Wünscher, Herr Prof. Dr. Schuh, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Marquardt und Frau Ronne.

Herr Dr. Marquardt sagte zu, in der Septembersitzung den Vorschlag für die Haushaltskonsolidierung vorzulegen. Er betonte, dass die Haushaltskonsolidierung auch ohne Stadtratsbeschluss bereits umgesetzt werde.

Frau Ronne bestätigte, dass die Reduzierungen der Zusendungen keinen Qualitätsverlust der Veranstaltungen nach sich ziehe, sondern in der Art des Festivals begründet sei.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsstelle	1.3312.715000	VerwHH: 3.423.700,- €
	2.3312.985000	VermHH: 167.704,- €

**zu 8 Wirtschaftsplan 2004/2005 für den Zeitraum vom 01.08.2004 bis
31.07.2005 für das neue theater/schauspiel halle
Vorlage: III/2004/03951**

Protokoll:

Dieser TOP wurde zurückgezogen, da der Eigenbetriebsausschuss über diese Vorlage noch nicht abschließend beraten habe.

**zu 9 Erhebung einer Jahresgebühr für die Ausleihe von Medien in der
Stadtbibliothek
Vorlage: III/2003/03597**

Protokoll:

An der ausführlichen Diskussion beteiligten sich Herr Voß, Frau Wolff, Herr Prof. Dr. Schuh, Frau Dr. Wünscher, Frau Weiß, Herr Misch, Herr Scholze, Herr Dr. Meerheim, Herr Dreizehner, Herr Dr. Marquardt, Herr Funke und Frau Dr. Labenz.

Herr Dr. Marquardt informierte über die Entscheidungen des Kulturausschusses am 10.03.2004 bezüglich dieser Vorlage.

Auf Dr. Labenz erläuterte auf Anfrage, dass

1. Eltern, welche mit bzw. für ihre Kinder unter 7 Jahren Bücher ausleihen, keine Gebühr bezahlen müssen;
2. Zur Zeit noch keine konkreten Umzugspläne für die Kinderbibliothek / Reilstraße bestehen und deshalb die Standleitung verlegt werde;
3. Arbeitslose ihren Ermäßigungsanspruch jährlich mit der Zahlung der Gebühr nachweisen müssen (ständige Kontrollen über den Status seien sehr schwierig durchführbar);
4. Die Kassierung der Jahresgebühr ab 01.06.2004 auch in allen Zweigstellen möglich sein werde. Über die Höhe der Gebühren im Jahr 2004 könne zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden.

Eine unterschiedliche Gebühr für auswärtige und hallesche Nutzer wurde aufgrund der angestrebten Gebietsreform zur Zeit von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.

Die Verwaltung wurde gebeten, auch weiterhin auf den Saalkreis bezüglich einer Kooperation zur Sicherung der kommunalen Leistungen zuzugehen.

Herr Voß stellte den

Antrag:

auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

zu Punkt 1:

8 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

zu Punkt 2:

8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

zu Punkt 3:

7 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss: mit Änderungen

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt, Jahresgebühren für die Ausleihe der Stadtbibliothek Halle (Saale) in der unter Punkt 3 der Vorlage genannten Höhe ab dem 1.6.2004 umzusetzen (Gleichstellung der halleschen und auswärtigen Nutzer).
2. Der Stadtrat beschließt die entsprechende Gebührensatzung und die entsprechend geänderte Benutzungsordnung (Anlagen 4 und 5 der Vorlage).
3. Der Stadtrat beschließt, dass zu den 50 % der Einnahmen aus der Jahresgebühr (siehe Stadtratsbeschluss III/2003/03176) auch die 100 % der Einnahmen aus Versäumnisgebühren zur Anschaffung neuer Medien zur Verfügung gestellt werden. Hierzu wird die Regelung unter Pkt. 1 der Begründung angewendet.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : Einnahmen:	177.750,00 € (Jahresgebühr)
	94.600,00 € (Versäumnisgebühr, bereits im Haushaltsansatz enthalten)
Ausgaben:	88.875,00 € (Jahresgebühr)
	<u>94.600,00 € (Versäumnisgebühr)</u>

**zu 10 Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung
von Vorhaben für die Vorbereitung und Durchführung des
1200jährigen Jubiläums der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2006
Vorlage: III/2004/04040**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Prof. Dr. Schuh, Herr Misch, Frau Weiß, Herr Dr. Marquardt und Herr Stallbaum.

Ergebnis:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung stimmt der Vorlage unter der Maßgabe zu, dass der **Punkt 5.3**

alte Fassung:

Alle Anträge werden mit einer Empfehlung zur Höhe der Zuwendung im Kuratorium und im Koordinierungsbüro beraten. Das Kulturbüro erstellt die entsprechenden Bescheide und reicht ggf. die Mittel aus.

folgende Fassung erhält:

Alle Anträge werden mit einer Empfehlung zur Höhe der Zuwendung im Kuratorium beraten. Der Geschäftsbereich Kultur, Bildung und Sport entscheidet abschließend, erstellt die entsprechenden Bescheide und reicht ggf. die Mittel aus.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss: (Unter der Voraussetzung der Änderung der Richtlinie Punkt 5.3)

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage der Vorlage beigefügten Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben für die Vorbereitung und Durchführung des 1200-jährigen Jubiläums der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2006

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.3661.586000 in 2004 und 2005 jeweils 1,0 Mio. €

**zu 11 Mehrjährige Projektförderung des Zeit-Geschichte(n) e. V. von 2004
bis 2006
Vorlage: III/2004/03940**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Voß, Herr Dr. Meerheim, Frau Wolff und Herr Stallbaum.

Herr Stallbaum führte aus, dass ein städtisches Gebäude genutzt werde. Weiterhin sagte er ein Austauschblatt für den Kosten- und Finanzierungsplan 2004 für den Stadtrat zu. Die Fördermittel seien vom Land noch nicht, wie in der Vorlage ausgeführt, in der kompletten Höhe bewilligt worden.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt, dass der Zeit-Geschichte(n) e. V. ab dem Jahr 2004 bis zum Jahr 2006 entsprechend den haushaltsrechtlichen Bedingungen einen jährlichen Zuschuss von jeweils maximal 5.000,00 Euro erhält.

Die Förderung kann zur Sicherung der Miet- und Mietnebenkosten des Vereins im Sinne der Grundversorgung für die Vereinsarbeit verwendet werden.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.3400.718000 jährlich 5.000,00 €

**zu 12 Baubeschluss Bahnhofsvorplatz im Rahmen der
Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz
Vorlage: III/2004/03907**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Heft, Herr Scholze, Herr Voß, Frau Riedel und Herr Weber.

Herr Weber führte aus, dass das betreffende Grundstück zur Zeit der Stadt zugeordnet sei. Die Stadt habe jedoch Erkenntnisse, dass die Bahn AG über einen Widerspruch bezüglich der Zuordnung nachdenke. Der Wert des Grundstückes würde mit dem Widerspruch festgelegt werden. Die Eigentumsverhältnisse hätten keinen Einfluss auf die Höhe der ausgereichten Fördermittel. Bei der Ankündigung des evtl. Widerspruches wurde von der Bahn AG eine einseitige Willenserklärung zum Verkauf des Grundstückes an die Stadt zu einem festgelegten Preis eingeholt.

Herr Voß regte die Verwaltung an, diese einseitige Erklärung dringend rechtlich zu überprüfen.

Frau Riedel führte aus, dass der evtl. Kauf bereits durch den Rat beschlossen wurde.

Herr Heft stellte folgenden

Antrag:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat den Beschluss zu fassen, dass der Kauf des Grundstückes ausgeschlossen werde.

Abstimmung:

2 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Dem in der Anlage der Vorlage beigefügten Entwurf zur Gestaltung des Bahnhofvorplatzes wird als Grundlage für die weitere Planung und Durchführung zugestimmt

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: Vermögenshaushalt

Einnahmen: HH-Stelle 2.6300.361000.296, in Summe von 1.628.000 €

Ausgaben: HH-Stelle 2.6300.932000.296

HH-Stelle 2.6300.950000.296, in Summe von 1.900.000 €

**zu 13 Baubeschluss Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz
Vorlage: III/2004/03908**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Voß, Herr Prof. Dr. Schuh, Frau Riedel und Herr Weber.

Herr Weber führte aus, dass sich die ursprünglich geplanten Kosten von 6 Mio. € auf 9,9 Mio. € erhöhen werden. Frau Riedel fügte an, dass der Stadtrat dem Bau der Ladenzeile in seinem Grundsatzbeschluss bestätigt habe.

Herr Weber erläuterte auf Anfrage, dass die Ladenzeile zum Ertragswert verkauft werden solle. Der Fördermittelgeber habe dem Verkauf zum Ertragswert zugestimmt. Anfragen liegen bereits vor. Es sei eine öffentliche Ausschreibung und Verkauf im „Gesamtpaket“ geplant. Die Verkaufsfläche sei ca. 900 m² groß.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Dem Entwurf zur Gestaltung des Riebeckplatzes wird als Grundlage für die weitere Planung und Durchführung zugestimmt.

Die 1. Vertragsergänzung zum Vertrag zur Kostenteilung zwischen der Stadt Halle und der HAVAG vom 11.11.2000/12.01.2001 wird entsprechend der vorliegenden Entwurfsplanung fortgeschrieben.

Die Betreuung/Verkauf der Ladenzeile wird nach dem Baubeschluss öffentlich ausgeschrieben.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: Vermögenshaushalt

Einnahmen: HH-Stelle 2.6300.361020.093, in Summe von 6.622.000 €

Ausgaben: HH-Stelle 2.6300.959000.093

HH-Stelle 2.6300.985000.093

HH-Stelle 2.6300.985500.093, in Summe von 9.933.000 €

zu 14 Finanzplanung Straßenbahn Halle-Neustadt und Umbau Riebeckplatz Vorlage: III/2004/04026

Protokoll:

Es wurde auf einen Fehler auf dem Deckblatt bezüglich der finanziellen Auswirkungen hingewiesen. Frau Riedel sagte ein Änderungsblatt zu.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Finanzplanung 2004 -2006 für das Straßenbahnprojekt Halle-Neustadt bis Riebeckplatz/Hbf. und Projekt Umbau Riebeckplatz wird zugestimmt.

**zu 15 Antrag auf Mehrausgaben für den Sportkomplex Robert-Koch-Straße,
2. BA, Umbau und Verbesserung
Vorlage: III/2004/04046**

Protokoll:

Auf Anfrage von Frau Wolff führte Herr Dr. Marquardt aus, dass zur Zeit die Verhandlungen mit dem Land bezüglich der Fördermittel laufen, in dem Komplex einen Ersatzneubau für die Schwimmhalle zu errichten.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung genehmigt:
Die Mehrausgabe in der Haushaltstelle 2.5602.942000-005 in Höhe von 362.400,00 €.
2. Der Deckung der Mehrausgabe wird, wie in der Begründung der Vorlage dargestellt, zugestimmt.

zu 16 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 16.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag des Stadtrates
Wolfgang Kupke, CDU, zum Vermögenshaushalt Stadtbibliothek
Vorlage: III/2003/03809**

Protokoll:

Herr Voß zog im Namen der SPD-Fraktion den Antrag zurück, da durch die Verwaltung bestätigt wurde, dass dieser im Jahr 2004 bereits ohne Extrabeschluss umgesetzt werde.

**zu 16.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Zusammenführung der drei
Schauspielhäuser in der Stadt Halle
Vorlage: III/2004/04134**

Protokoll:

Im Ergebnis der Diskussion wurde die Formulierung geändert.

Frau Dr. Wünscher stellte den
Antrag:
auf getrennte Abstimmung.

Abstimmung:

5 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

zu Punkt 1:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

zu Punkt 2:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss: Änderung der Formulierung!

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betriebsformen von neuem theater und Puppentheater der Stadt Halle zu vereinheitlichen. Beide Einrichtungen werden ab der Spielzeit 2005/2006 unter einheitlicher Betriebsform von Intendanten des neuen theaters geführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeption für die Zusammenarbeit und Führung der drei Sprechtheater als Grundlage für die abzuschließenden Theaterverträge mit dem Land Sachsen-Anhalt zu erarbeiten.

Zu 17 Anfragen von Stadträten

Protokoll:

Queis

Aufgrund des Artikels in der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 20.04.2004 (vgl. Anlage 2) bat **Frau Wolff** um einen Sachstandsbericht über die Probleme, wie viel Kosten auf die Stadt tatsächlich zukommen könnten und wie diese gedeckt werden sollen.

Phänomena

Frau Wolff bat zur Stadtratssitzung am 28.04.2004 um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Für den Stadtrat am 28.04.04 liegt eine Informationsvorlage „ 1. Bericht zum Arbeitsstand des Projektes Phänomena für das Quartal 2004“ den Stadträten vor.
Warum wurde diese Informationsvorlage nicht dem Finanzausschuss vorgelegt?
Warum soll der Stadtrat diese zustimmend zur Kenntnis nehmen?
2. Der Finanzausschuss hat die Mittel für dieses Projekt unter verschiedenen Auflagen gesperrt!
Kann die Aufhebung der Sperrung der Mittel einfach über eine Informationsvorlage aufgehoben werden, ohne den zuständigen Ausschuss daran zu beteiligen?
3. In der Kostendarstellung für die Infrastruktur- und Verkehrserschließung werden ca. 10 Mill. Euro mehr ausgewiesen als ursprünglich geplant.
Woher sollen diese Mittel kommen?
Im Wegesystem lt. B-Plan war im Kostenansatz der Machbarkeitsstudie 250.000 Euro eingeplant. In der aktuellen Kostendarstellung wird dieser Planansatz auf 3.565. 000 erhöht.
Wie erklären sie diese Differenz?
Die gleiche Frage ergibt sich bei dem Planungsansatz des Verkehrleitsystem.
4. Wie viele Schirmherren haben sich bereit erklärt das Projekt zu unterstützen und wirken aktiv an der Sponsorensuche mit?
5. Welche finanziellen Folgen werden auf die Stadt zu kommen, wenn der worst-case Fall eintritt?

zu 18 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Die Zuarbeiten betreffend die Anfragen aus der Sitzung am 16.03.2004

- Vorteile der Stadt aus der zur Verfügungstellung der Rückseiten auf Parkscheinen (Herr Misch)

- Genehmigung der Haushaltsausgabereste 2003 bzgl. Einsatzleitzentrale Feuerwehr, Mittel für Dünnschichtbeläge, aus dem Fachbereich Schule, Sport und Bäder sowie Kulturbereich

wurden mit den Sitzungsunterlagen am 05.04.2004 versandt.

zu 19 Anregungen

zu 20 Mitteilungen

Protokoll:

Zu die Tagesordnungspunkten 19 - 20 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Armin Voß
Vorsitzender des
Ausschusses

Dieter Funke
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Protokollantin
Referentin